

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 314 | 07-08/2023 | Normalpreis 2€ | Solidaritätspreis: 4€

ehemals:
ISA  **SLP**
INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE Sozialistische Linkspartei

ES REICHT!

JETZT HEISSEN HERBST

ORGANISIEREN!



AUS DEM INHALT

» Die **FPÖ** ist in den Umfragen auf Platz 1. Ist der neue SPÖ-Vorsitzende **Babler** die Lösung? Woran kann er scheitern? **Seite 5**

» Ein Jahr nach Beginn der Aufstände im **Iran** hofft die Shahfamilie auf ihre Chance – eine gefährliche Illusion. **Seite 15**

» Die Regierung will den Mangel in den Schulen durch Verschlechterungen „lösen“. Die **Freizeitpädagog*innen** wehren sich. **Seite 7**

WER WIR SIND



» Vorwärts ist die Zeitung der ISA, der Internationalen Sozialistischen Alternative, vormals SLP (Sozialistische LinksPartei). Seit 1983 erscheint diese inzwischen älteste durchgängig erscheinende sozialistische Zeitung des Landes.

» Der tägliche Wahnsinn des Kapitalismus zeigt: Es braucht eine sozialistische Zeitung – und eine sozialistische Organisation. Überall Krisen: Die Klimakrise erzeugt Extremwetter, Hunger und Flucht, die Wirtschaftskrise Arbeitslosigkeit und Armut. Die Krise des Kapitalismus bringt Krieg und Zerstörung. Die politische Krise stärkt rechte Kräfte. Das kann Angst machen – und erzeugt Widerstand mit Protesten und Arbeitskämpfen. Denn so kann es einfach nicht weitergehen. Es mangelt nicht an der Bereitschaft, sich zu wehren und zu kämpfen. Doch oft mangelt es am Plan, was konkret zu tun ist, am Programm, das einen echten Ausweg aufzeigt.

» Als Sozialist*innen sind wir überall dabei, wo sich Menschen gegen Ungerechtigkeiten wehren und verbinden diese Kämpfe mit einer sozialistischen Perspektive.

» Wir sind aktiv und Teil von Bewegungen gegen Krieg, Bildungsabbau und Rassismus. Mit der sozialistisch feministischen Initiative ROSA führen wir Proteste in frauendominierten Branchen mit dem Widerstand gegen Sexismus und dem Kampf um eine Systemalternative zusammen. Wir bauen als aktive Beschäftigte und kämpferische Betriebsrät*innen

Widerstand am Arbeitsplatz auf und kämpfen für einen Kurswechsel der Gewerkschaften.

» Wir sind international und Teil der "International Socialist Alternative" (ISA), der Organisationen und Parteien in über 30 Ländern auf allen Kontinenten angehören. Wir stehen in den besten Traditionen der österreichischen und internationalen Arbeiter*innenbewegung.

» Wir sind demokratisch und bei uns gibt es keine Privilegien. Wir diskutieren und entscheiden gemeinsam – und setzen dann gemeinsam um. Wir sind vom Establishment, bürgerlichen Parteien und Konzernen unabhängig und unsere Funktionär*innen beziehen maximal ein Durchschnittseinkommen.

» Wir kämpfen für eine sozialistische Gesellschaft, die demokratisch und nach den Bedürfnissen der Menschen organisiert ist. Stalinismus und die SPÖ haben und hatten nichts mit Sozialismus zu tun.

» Mehr über unsere Ideen kannst du in dieser Zeitung lesen. Komm zu unseren Aktionen und Treffen, um mit uns zu diskutieren und selbst aktiv zu werden!

TREFFPUNKTE

GRAZ

Melde dich bei uns, um zu erfahren wann das nächste Treffen stattfindet.

LINZ

jeweils Dienstag, 18:30 Uhr
Restaurant „Alte Welt“
Hauptplatz 4

SALZBURG

Melde dich bei uns, um zu erfahren wann das nächste Treffen stattfindet.

WIEN

In den Sommermonaten organisieren wir statt unserer normalen Gruppentreffen die Diskussionsreihe **Marx im Park!** Jede*r ist willkommen! Kein Vorwissen nötig!

Marx im Park

Von 21.6. bis 16.8.
Jeweils Mittwoch, 18:00
Augarten, Nähe Eingang Gaußplatz

Aktuelle Infos unter slp.at/kalender,
Einwahldaten für Online-Treffen
unter slp@slp.at erfragen.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion:

Sozialistische LinksPartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien

Herstellungs- und Verlagsort: Wien

DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U

Abo-Zahlungen & Spenden:

IBAN: AT 25600000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

TERMIN DES MONATS

ISA & ROSA-SOMMERCAMP

Eine Woche Sommer, Sonne,
Sozialismus mit Arbeitskreisen,
Diskussionen, Baden und Sport – und
Sozialist*innen aus vielen Ländern!

20.–27. August
Kärnten/ Koroška
Infos & Anmeldung:



Heißen Herbst im heißen Sommer vorbereiten

von Sonja Grusch

Auch dieser Sommer ist Ausdruck der vielen Krisen. Hitze und Unwetter zeigen, dass der Klimawandel real ist. Also hofft man auf Urlaub, doch die Inflation frisst die möglichen Urlaubstage und -ziele auf. Dazu eine immer aggressivere FPÖ, Nachprüfungen in Schule und Uni... Der ganz normale Wahnsinn eben, der aber immer schlimmer wird. Und ohne Perspektive auf Verbesserung.

Schluss mit Routine

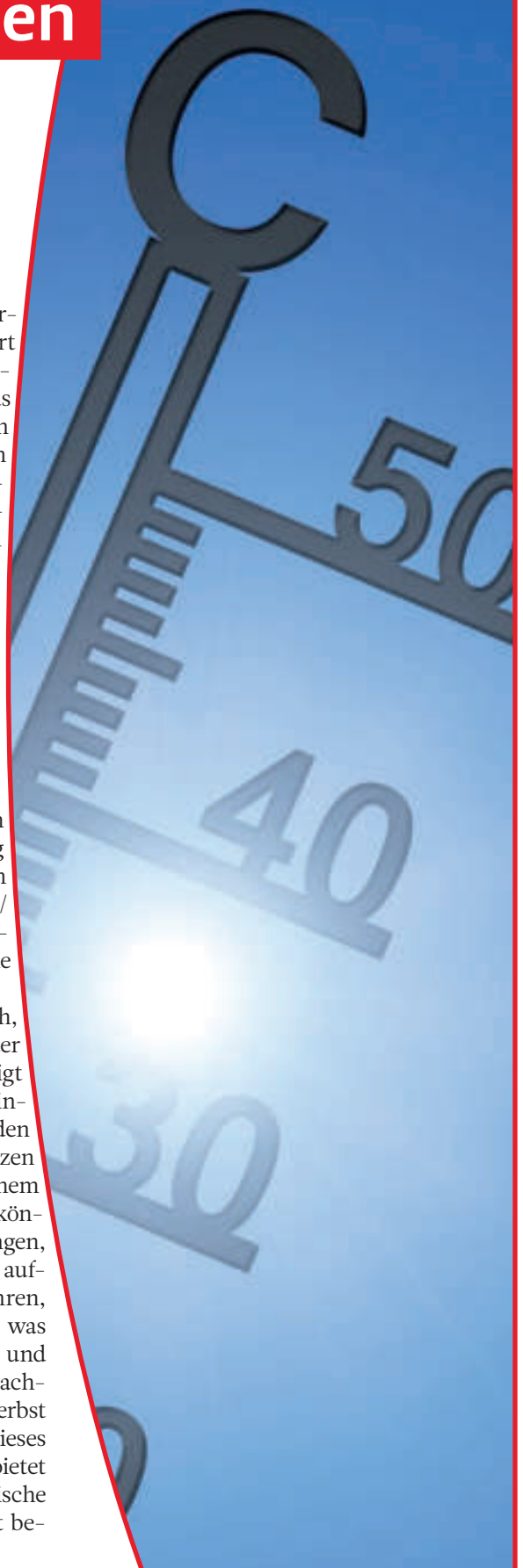
Die "Es reicht"-Stimmung wächst. Das kann entweder zu Frust führen, mehr Alk und Drogen und Depressionen. Oder es kann zu mehr Widerstand führen. Zweiteres umso mehr, je mehr Angebote es gibt. Nach Klimaprotesten, feministischen Aktionen und antirassistischen Aktivitäten ist deutlich, dass es auch auf betrieblicher und gewerkschaftlicher Ebene immer mehr Widerstand gibt. Das Vertrauen in die Herrschenden und ihr System sinkt, die Bereitschaft selbst "was" zu tun steigt. Das findet auch Ausdruck in betrieblichen Organisationen, die die starren und trägen gewerkschaftlichen Strukturen in Aktionen zwingen. Manche glauben noch an eine längst tote Sozialpartnerschaft und hoffen, dass eine SPÖ in der Regierung alles besser machen wird. Doch es gibt jene, die Verzweiflung, Ärger und Druck aus den Betrieben mitbekommen und weitergeben und sehen, dass die Gewerkschaft nicht wie bisher weitermachen kann.

2022 hat der ÖGB mit Konferenz, Petition und Demonstration gegen die Teuerung - nichts erreicht. Dafür gab es v.a. in jenen Bereichen höhere KV-Abschlüsse, wo Kolleg*innen sich organisiert, protestiert und sogar gestreikt haben: im Sozialbereich, bei den Eisenbahnen, im Gesundheitsbereich. Kämpfen ist also nicht nur nötig, es lohnt sich auch.

Den Herrschenden Feuer unterm Hintern machen

In Österreich werden Kollektivverträge branchenmäßig aufgesplittert und übers ganze Jahr verteilt verhandelt. Das schwächt, aber das muss nicht sein. Klar ist: schenken werden sie uns nichts. Wir müssen jetzt den "heißen Herbst" vorbereiten. Da sind die Nachmittagsbetreuer*innen, die v.a. in Wien rund um BIM vorgezeigt haben, wie Kämpfen geht (mit Streiks, Aktionswoche und auf die Straße gehen). Da ist das Bildungswesen, das ab September in voller Krise weitergehen wird und für den Herbst einen Bundesweiten Bildungstreik-Tag organisieren sollte. Mitglieder der ISA im Sozial-, Gesundheits- und Bildungswesen werden sich an der Organisation von Protesten beteiligen und sich dafür einsetzen, z.B. Patient*innen/Klient*innen nicht nur zu informieren, sondern einzubinden und die Proteste zusammenzuführen.

Da ist der Handel - weiblich, schlecht bezahlt, überarbeitet - der seine Wichtigkeit seit Corona gezeigt hat. Da sind die Industriearbeiter*innen, die oft hochqualifiziert an den sprichwörtlichen Schalthebeln sitzen und den Herrschenden mit einem Streik wirkliche Kosten bereiten können. Heißer Herbst heißt jetzt anfangen, heißt demokratische Strukturen aufbauen, heißt Kämpfe zusammenführen, heißt die engen Grenzen dessen, was Wirtschaftskammer, Regierung und Industriellenvereinigung für "machbar" halten, zu sprengen. Heißer Herbst bedeutet auch, aufzuzeigen, dass dieses System keine wirkliche Zukunft bietet und es eine echte, eine sozialistische Alternative braucht. Heißer Herbst beginnt jetzt und braucht dich.



Dieses System macht krank auf allen Ebenen!

von Ali Kropf

Wie viele andere Bereiche ist der Gesundheits- und Pflegebereich seit vielen Jahren unterfinanziert. Spätestens seit Corona ist das Ausmaß des Desasters und das Versagen der Politik offensichtlich. Die meisten Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen unterstehen den jeweiligen Bundesländern oder Gemeinden, die sich um die Finanzierung kümmern müssen. Aber wie soll das gehen angesichts leerer Kassen?

Woher kommt das Dilemma?

Spätestens seit dem Neoliberalismus ist alles der Marktlogik unterworfen: Post, Telekommunikation, Strom- und Gasanbieter etc. – aber auch Bildung, Pflege und Gesundheit. Auch die Verwaltung des Bundes, der Länder und Gemeinden musste diesem Dogma folgend auf doppelte Buchhaltung umstellen. Für viele ist oder war Buchhaltung der lebensfremde Schrecken in der Ausbildung. Sie dient v.a. dazu, unternehmerischen Gewinn berechnen und darstellen zu können. Wie lebensfremd das in der Verwaltung ist, zeigt der Finanzausgleich. Weil Länder und Gemeinden kaum eigene Einnahmen haben, sind sie auf die Verteilung der Gelder des Bundes (=Finanzausgleich) angewiesen. Weder Öffentlicher Dienst bzw. Verwaltung noch Bildung, Pflege- oder Gesundheitsbereich sollten aber der Logik eines Unternehmens, sondern den Bedürfnissen der Menschen angepasst sein. Anders als Unternehmen, haben Länder und Gemeinden kaum eigene Einnahmen, aber hohe Ausgaben. Deshalb erhalten sie im Rahmen des Finanzausgleichs Geld vom Bund, der ein de facto Monopol auf die Einhebung von Steuern hat. Der Spielraum für eigene Einnahmen der Länder war in der 1. Republik größer. Das und ein anderer Verteilungsschlüssel waren die finanzielle Grundlage des Roten Wiens. Um

„Sonderwege“ wie das Rote Wien dauerhaft zu vermeiden, wurde nach 1945 das von den Nazis eingeführte Steuerrecht mit Anpassungen weitergeführt.

Spardynamik, Corona, Gewerkschaften und Babler

Unter dem Deckmantel von „Vorgaben aus Brüssel“ hat sich der „Spardruck“ durch die Politik massiv erhöht. Viel läuft hier über den Finanzausgleich. Damit der Bund weniger Schulden machte, wurde privatisiert und Aufgaben (aber kaum extra Geld) an Länder und Gemeinden verschoben. Durch die politisch entleerte Sozialdemokratie stand die Gewerkschaftsbürokratie diesen Angriffen völlig unbewaffnet gegenüber. Es gab kaum Widerstand. Corona wurde zum Stresstest, mit wie wenig Personal dieser bereits völlig überlastete Bereich auch in Ausnahmesituationen klarkommen kann. Die Gewerkschaftsbürokratie hat auch da zur „Rettung Österreichs“ die Belegschaft stillgehalten. Aber da es auch während Corona letztlich aus Sicht der Politik „geklappt“ hat, gibt es für sie heute auch keinen Grund für große Veränderungen.

Für viele sind die Aussagen vom neuen SPÖ Vorsitzenden Babler erfrischend. Abseits vom sonstigen Politik-Blabla stellt er die Menschen und ihre Bedürfnisse in den Vordergrund. Wir glauben auch, dass wir uns das Geld dort holen müssen, wo es liegt: Bei den Banken, Konzernen und wirklich Reichen, die kaum Steuern zahlen. Eine echte Vermögens- und Gewinnbesteuerung brächte das Geld zur Ausfinanzierung des ganzen öffentlichen Bereichs in die leeren Kassen. Keine Gangbetten mehr in den Spitälern, eine würdige Pflege- und Betreuungsumgebung, funktionierende Bildung mit integrierter Sozialarbeit und Unterstützungspersonal, und überall mit ausreichend Personal ohne krankmachenden Arbeitsdruck – all das ist möglich!

Das geht nicht im Bündnis mit der etablierten Politik und deren Großspendern wie Benko, Glock und KTM-Chef Pierer. Deswegen braucht es politische Organisation und Zusammenführung der betroffenen Menschen und der Proteste die gerade im Pflege- und Gesundheitsbereich seit Jahren zunehmen. Welche Rolle die Babler-SPÖ dabei spielen wird, wird sich noch zeigen. Verlassen können wir uns darauf genausowenig wie auf „gute“ Verhandlungen beim Finanzausgleich. Das nötige Geld müssen wir selbst erkämpfen. Die dazu nötige Organisation selbst aufbauen.

Info

von Katja Straka

Der Finanzausgleich, der alle 4–6 Jahre verhandelt wird, regelt, welche Aufgaben der Daseinsvorsorge die Gemeinden und Ländern übernehmen und wie viel Geld aus den Steuereinnahmen sie dafür bekommen. Insgesamt lagen die Ausgaben für Pflege im Jahr 2021 bei 5,7 Milliarden Euro. Etwa die Hälfte kommt vom Bund, und zwar fast vollständig fürs Pflegegeld, der Rest von Ländern und Gemeinden für so gut wie alle restlichen Pflegeleistungen. Weil das Pflegegeld jahrzehntelang kaum an die Inflation angepasst wurde und es zu wenig (leistbare) Pflegeeinrichtungen gibt, hat der Bund die Verantwortung an Länder und Gemeinden und v.a. an Familien abgeschoben. Das bedeutet, dass ein Großteil der Pflege privat übernommen und nur ein kleiner Teil öffentlich geleistet wird. Die staatliche Homepage oesterreich.gv.at selbst gibt an, dass 80% aller zu pflegenden zuhause und meist von Frauen betreut werden – tut aber nichts dagegen. Das Pflegegeld reicht bei weitem nicht für professionelle Betreuung – und auch nicht für private.

Babler als Rettung gegen Blau-Schwarz?

beide Artikel von Sonja Grusch

Der Sommer ist noch jung und da kann sich in den Umfragen noch viel tun. Aber klar ist, dass die ÖVP sich bereits im Wahlkampfmodus befindet. Klar ist auch, dass die FPÖ in den Umfragen auf Platz 1 liegt und dass die ÖVP zunehmend wieder Gefallen an Koalitionen mit der rechtsaußen Partei findet. Unabhängig davon, wann Neuwahlen stattfinden, droht eine Neuauflage von blau-schwarz. Diesmal mit einer noch rechteren ÖVP und einer noch rechteren FPÖ. Was eine solche Koalition in der Praxis dann anrichten würde, ist eine echte Bedrohung für Migrant*innen, für Frauen und LGBTQI+ Personen und für alle, die nicht reich sind.

Mit Babler hat die SPÖ ein neues Kapitel aufgeschlagen und als Ziel hat er ausgegeben, die SPÖ wieder stark zu machen. Als Regierungspartner hofft er auf eine Ampel-Koalition oder eine veränderte ÖVP. Das wäre mit Sicherheit unmittelbar weniger gefährlich. Man könnte durchatmen. Aber Lösung wäre das keine. Babler stützt sich u.a. auf die Wiener SPÖ, jene Landesorganisation,



die – gemeinsam mit Grünen bzw. Neos – die Mieten in den Gemeindebauten bzw. die Energiepreise massiv angehoben und bei den Schulen gekürzt hat.

Jede neue Regierung wird mit großen Problemen konfrontiert sein, weil wir auf die nächste Wirtschaftskrise zusteuern. Dazu kommen Klimakrise und Kriege, die noch viel mehr Menschen zur Flucht nach Europa zwingen werden. Große Probleme brauchen grundsätzlichere Lösungen. Das geht mit Neos, Grün, ÖVP und auch mit dieser SPÖ nicht. Dann bleiben es “halbe” Lösungen. Dann wird z.B. die Arbeitszeit verkürzt, aber nicht bei vollem Lohn. Und dann “muss” man die Grenzen dicht machen, weil halt “nicht

genug da ist”. Und letztlich werden die Einnahmen, die wir alle an Steuern bezahlen, weiterhin v.a. genutzt werden, um “unsere” Wirtschaft konkurrenzfähig zu halten. Der “Standortlogik” entkommt man im Rahmen des Kapitalismus nicht.

Das Ergebnis eines solchen programmierten Scheiterns haben wir in vielen Ländern gesehen, wo “fortschrittliche” Regierungen an die Macht gekommen sind und dann viele enttäuscht wurden – und dann auf Basis dieser Enttäuschung die extreme Rechte erst recht wieder stark geworden ist. Wir brauchen aber mehr, als blau-schwarz nur um ein paar Jahre hinauszuzögern!

Lösung Neuwahlen? Organisieren & kämpfen!

Noch ist unklar, was das Ergebnis nach Neuwahlen sein wird. Aber bei einer gefühlten Inflation von knapp 20% können wir nicht darauf warten. Gut, dass über Arbeitszeitverkürzung, Reichensteuer und auch Marx breit diskutiert wird. Dass die Herrschenden in Panik verfallen, zeigt, dass sie wissen, welche Sprengkraft diese Ideen haben. Damit aus der potentiellen Sprengkraft aber eine echte wird, braucht es mehr. Wahlen allein werden das nicht lösen.

Ansätze gibt es: Über 10.000 demonstrieren für echte Verbesserungen bei der Bildung; Freizeitpädagog*innen,

die Aktions- und Streikwoche organisieren; Basisgruppen im Sozial- und Gesundheitsbereich, die Arbeitskämpfe organisieren; Jugendliche, Migrant*innen, Frauen und LGBTQI+ Personen, die sich rechter Hetze in den Weg stellen... Das ist die Grundlage für eine echte Alternative zu blau-schwarz.

Das Mittel, um blau-schwarz zu verhindern, ist Widerstand und Klassenkampf von unten. Gegen eine Politik, die die Interessen der Reichen und Unternehmen über die der Vielen setzt. Dafür müssen wir die verschiedenen Aktivist*innen, Initiativen und Strukturen

zusammenbringen – z.B. in einer Aktionskonferenz VOR Neuwahlen, die rund um einige Kernforderungen eine starke kämpferische Kampagne aufbaut. Diese Kämpfe und Zusammenarbeit können auch zu einer neuen Qualität bei der Organisation führen. Wie eine solche neue Organisation heißen wird und ob SPÖ (Teile) oder auch KPÖ dabei sein werden, ist offen. Aber dass eine solche neue Partei für Arbeiter*innen und Jugendliche nötig ist gegen blau-schwarz – das ist klar!



Arbeitszeitverkürzung? Klar, aber richtig!

von Gerhard Ziegler

1987 wurde am 11. ÖGB-Kongress einstimmig die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung (AZV) auf 35 Stunden mit vollem Lohn und Personalausgleich beschlossen. Zwar gibt es in verschiedenen Branchen Kollektivverträge mit 36–38,5 Stunden/Woche. Doch die generelle Einführung der 35-Stundenwoche gemäß ÖGB-Beschluss wartet bis heute auf ihre Umsetzung, da sie einen massiven Arbeitskampf erfordern würde. Die Kapitaleseite will keine AZV, sondern im Gegenteil eine Verlängerung bzw. flexiblen Einsatz der Beschäftigten. So können mehr Werte – und so mehr Profit – erwirtschaftet werden.

Achtung vor Mogelpackungen

Mit der Krise der neoliberalen Ideologie und verstärkt seit Corona gibt es ein Umdenken v.a. bei jüngeren Arbeitenden (siehe S.13). Sie wollen weniger Arbeit und mehr Freizeit. Auch die Krise im Care-Sektor schafft Druck auf die Beschäftigten, v.a. auf Frauen, Kinder und Angehörige vermehrt in der Familie zu betreuen. Immer mehr arbeiten Teilzeit, um die Mehrfachbelastung einigermaßen unter einen Hut zu bringen.

Das nutzen manche Firmen, oft im IT-Bereich, um hoch qualifizierte Fachkräfte statt mit höheren Löhnen mit kürzeren Arbeitszeiten zu locken. Auch die 4-Tage-Woche sowie Home-Office werden verstärkt angeboten. Die Kapitalist*innen versprechen sich auch Kosteneinsparungen durch weniger Büroraum bzw. Infrastruktur.

Vertreter*innen der Gewerkschaft hoffen, durch Hervorstreichen der Kostenvorteile die Kapitaleseite von einer AZV zu überzeugen und so den notwendigen Kampf vermeiden zu können. In die gleiche Kerbe schlägt die „Freizeitoption“, die seit einigen Jahren über Kollektivverträge in verschiedenen Branchen (Metall, Elektro, Chemie...) forciert wird: Lohnerhöhungen können individuell in Freizeit abgegolten werden. Doch alle diese Varianten bedeuten AZV bei weniger Lohn und sind keine generelle Strategie zur Durchsetzung einer AZV für alle Beschäftigten bei vollem Lohn und Personalausgleich. Denn die wenigsten können sich einen Lohnverzicht leisten und Flexibilität zu Gunsten der Beschäftigten gibt es v.a. für wenige, hoch qualifizierte.

Konsequenter Kampf nötig

Von Kapitaleseite wird seit über 100 Jahren vorgebracht, eine generelle AZV, noch dazu bei vollem Lohn und mit Anstellung von zusätzlichem Personal, um zu verhindern, dass nur der Stress steigt, wäre unrealistisch. Die Argumentation, das würde Wirtschaft und Wohlstand beeinträchtigen, soll nur ihre Profite verteidigen. Eine jüngst von der Bank Austria vorgelegte Studie besagt, dass in Österreich die Produktivität seit 1995 um 35 % (im Euroraum um durchschnittlich 25 %) gestiegen ist. Das heißt, heute wird in der gleichen Zeit mit der gleichen Zahl von Beschäftigten um 35 % mehr produziert als 1995. Andersrum: Um mit gleich viel Beschäftigten heute das selbe zu produzieren wie 1995

könnte die Arbeitszeit um 35 % reduziert werden. Also völlig unrealistisch?

Im Zuge der vom neuen SP-Vorsitzenden Babler eingebrachten Forderung nach der 32-Stunden-Woche wird wieder über eine generelle AZV öffentlich debattiert. Das ist gut, aber zu wenig. Die Kapitaleseite wird sich nicht mit „guten Argumenten“ überzeugen lassen, eine Schmälerung ihrer Profite (was eine AZV zweifellos wäre) zuzulassen. Wenn wir die Forderung nach AZV mit vollem Lohn und Personalausgleich ernst nehmen, müssen wir uns offensiv auf einen harten und langen Arbeitskampf vorbereiten.

Arbeitszeit in Österreich

Info

- » 1885: 66-Stundenwoche (zuvor 12–16 Stunden/Tag).
- » 1918: die revolutionäre Welle bringt die 48-Stundenwoche
- » Im Austrofaschismus werden Arbeitsrechte abgebaut.
- » Unter den Nazis: 9-Stunden/Tag (in Rüstungsbetrieben 12-Stunden/Tag).
- » 1945: Rückkehr zur 48-Stundenwoche.
- » 1959: 45-Stundenwoche.
- » 1969: Generalkollektivvertrag: etappenweise Verkürzung auf 40 Stunden/Woche bis 1975.
- » 1987: ÖGB fordert 35-Stundenwoche

Interview: „Wir wissen wie Streik geht!“

Im Mai wurde dem Betriebsrat der Freizeitpädagog*innen von „Bildung im Mittelpunkt“ (BiM, Freizeitpädagogik an Wiener Schulen) eine geplante Gesetzesnovelle zugespielt. Diese sieht vor, aus Freizeitpädagog*innen „Assistenzpädagogen“ zu machen und sie mit Matura, aber nur einem Semester Ausbildung, den Lehrkräften zu unterstellen. Für mehr Arbeit sieht der Entwurf zudem Einkommensverluste von bis zu 19% vor. Vorwärts sprach mit Uschi Müller, Freizeitpädagogin und Betriebsrätin bei BiM.

Was steckt hinter dem aktuellen Angriff auf die Freizeitpädagogik?

Die Regierungen haben den Bildungsbereich jahrzehntelang kaputtgespart. Jetzt ist alles am Zusammenbrechen und sie versuchen, billig Kitt in die riesigen Löcher zu schmieren.

Würde die Gesetzesänderung kommen, würden dann in Zukunft Lehrkräfte in der Klasse stehen, deren „Ausbildung“ aus Matura und einem Semester besteht?

Schon jetzt werden Unterrichtsstunden in Freizeitstunden umgewandelt, wenn nicht genug Lehrer*innen da sind. Wieso sollten Direktor*innen dann nicht die Assistenzpädagog*innen in die Klasse stellen, wenn sie keine Lehrer*innen haben?

Welche Folgen hätte das für die Kinder?

Ich glaub nicht, dass Maturant*innen automatisch Ahnung von Didaktik oder Pädagogik haben. Es ist viel Verantwortung. Das kann nicht innerhalb von einem Semester gelernt werden. Ich befürchte, dass es dann keine qualitative Freizeitgestaltung mehr gibt und qualitativsten Unterricht erst recht nicht. So werden billige Lehrkräfte eingeführt und das ist absolut nicht in Ordnung!

Wie hast du die Kämpfe und die Stimmung nach Bekanntwerden der Pläne erlebt?

Nach dem Leak der Novelle hat es einen kurzen Schockmoment gegeben. Existenzängste und Angst um die Qualität unserer Arbeit waren groß. Gleichzeitig haben wir innerhalb von 2 Tagen 1.000



Der Arbeitskampf der Freizeitpädagog*innen geht uns alle an. Die Proteste und Streiks der Kolleg*innen von BiM können auch zu einem Vorbild für andere Berufsgruppen, sowie Eltern und Schüler*innen im Kampf um ein anderes Bildungssystem werden. Ihr Arbeitskampf braucht die Unterstützung von uns allen: Du hast ein Kind an einer Schule mit betroffenen Freizeitpädagog*innen? Sprich die Kolleg*innen an und lasse sie wissen, dass du Streiks und Aktionen gut findest. Informiere Kolleg*innen, Nachbar*innen, Freund*innen und lade sie zu Aktionen ein.

Organisiere Dich! Lass uns gemeinsam mit allen Beschäftigten und Betroffenen im Bildungswesen eine Bewegung aufbauen. Egal ob Lernende oder Lehrende – nur organisiert und gemeinsam können wir grundlegende Veränderungen durchsetzen, die wir brauchen. Mitglieder der ISA im Bildungsbereich sind Teil der aktuellen Bildungsproteste und setzen sich dort unter anderem für gemeinsame Bildungstreiks im Herbst ein.

Info

Kolleg*innen zu einer Betriebsversammlung mobilisiert. Ein Aktions- und Streikkomitee mit über 50 Kolleg*innen hat sich gebildet. Die erste Protest-Betriebsversammlung am 1. Juni hat schon deutlich gemacht: Wir sind kampfbereit! Die Protestwoche von 12.-16. Juni wurde an den Schulen eigenverantwortlich organisiert und zusätzliche Streiktage, Kundgebungen, Demos oder Infotische durchgeführt. An ca. 50 Schulen gab es zusätzliche Streiks! Der ganztägige Streik am 15. Juni war flächendeckend und von viel Solidarität begleitet.

Wie wichtig ist für Euch Solidarität?

Das ist schon sehr wichtig und hat uns alle sehr gestärkt. In der Protestwoche haben wir Unterschriften gesammelt und viele Gespräche an den Schulen und auf der Straße geführt. Gerade die Gespräche mit Eltern und die Reaktionen der Kinder haben uns gezeigt, wie sehr wir geschätzt werden. Unsere Petition hat mittlerweile über 13.000 Unterstützer*innen!

Nach euren Widerstandsaktionen wurden Gespräche angeboten. Was sind

die nächsten Schritte und wann sind eure Ziele erreicht?

Wir haben unsere Ziele erreicht, wenn in der Gesetzesnovelle alle unsere Forderungen enthalten sind. Es wird noch viel Druck und wahrscheinlich Aktionen brauchen. Wir sind jedenfalls weiterhin streikbreit und wir wissen wie Streik geht!

Wie wollt ihr eure Offensivforderungen erkämpfen?

Viele der Forderungen betreffen nicht nur uns. Auch die Situation der Lehrer*innen ist dramatisch. Und im Gesundheits- und Sozialbereich schaut es nicht besser aus. Würden die Gewerkschaften diese Bereiche organisieren und die Kämpfe zusammenführen und miteinander verbinden, könnten wir mit Sicherheit in allen Bereichen viele Verbesserungen durchsetzen. Außerdem kämpfen die Beschäftigten in diesen Branchen nicht für sich allein. Es geht uns nicht zuletzt um die Kinder und Menschen, für die wir da sind. Hier gibt es ein riesiges Solidaritätspotential.

Aktionstag für bessere Bildung

von Christian Steiner

Am 15.6.2023 waren Aktivist*Innen von ISA und ROSA Teil des Aktionstages Bildung in Wien, Graz und Linz. Die größte Mobilisierung fand in Wien statt, wo, beginnend mit einer Demonstration der Freizeitpädagog*innen von BiM, gefolgt von einem Picknick mit Infotisch und anschließender Demonstration, bei deren Organisation ISA und ROSA beteiligt waren, bis zu 10.000 Menschen auf die Straße gingen. Grund für die Kämpfe im Bildungsbereich sind Personalmangel, Unterbezahlung, unsichere Verträge und die Umwandlung des Berufsbildes der Freizeitpädagog*Innen hin zur Assistenz, inklusive geplanter Lohnkürzung um knapp 20%.

ISA und die sozialistisch-feministische Initiative ROSA haben Aktivist*Innen, die im Bildungsbereich arbeiten und in diversen Initiativen aktiv sind, eine Ausbildung im Bildungsbereich absolvieren, als Eltern betroffen sind und über die Basisinitiative "Sozial aber nicht blöd" mit den



BiM Betriebsrät*Innen zusammenarbeiten. ISA und ROSA brachten die Forderungen für Solidarisierung mit den Kämpfen im Gesundheits-, Pflege-, und Bildungsbereich auf der Pride Parade ein und unsere Streikbroschüre wurde von BiM-Kolleg*innen zur Vorbereitung verwendet.

ISA und ROSA Aktivistin Anna Hiermann zeigte in Ihrer Rede weitere notwendige Schritte auf, beginnend mit der Mobilisierung über den Sommer für weitere Aktionen im Herbst und die Notwendigkeit der Solidarisierung mit den Kämpfen im Gesundheits- und Pflegebereich. Weiters rief sie zur Solidarisierung der Eltern auf,

welche in ihren Branchen ebenfalls in den Streik gehen sollen, um die Kämpfe im Bildungssektor zu unterstützen und die Bedingungen in ihren eigenen Branchen zu verbessern.

Unsere Forderung nach einem ein-tägigen Bildungsstreik wurde sehr gut aufgenommen und unser Slogan „ÖGB sei nicht feig, es ist Zeit für Bildungsstreik“ wurde lauthals auf der Demo skandiert. Wenn wir gemeinsam kämpfen, haben wir eine Chance, die geplante Bildungsreform zu verhindern und die Regierung in ihre Schranken zu weisen! Mach mit, und unterstütze den Kampf!

ÖGB – sei nicht feig!

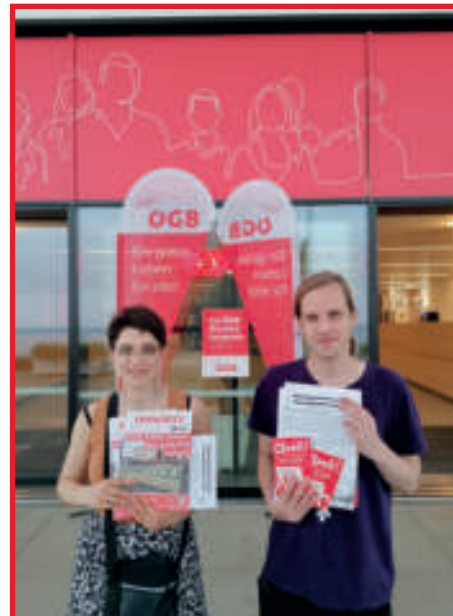
Am 21.6.2023 in der Früh waren Aktivist*innen von der ISA beim 20. ÖGB-Bundeskongress. Dieser wurde im Wiener Austria Center abgehalten. Vor Beginn des Kongresses verteilten wir Flugblätter und verkauften die „Vorwärts“ an die ankommenden Teilnehmer*innen. Im Anschluss ging ein Teil der Aktivist*innen in die Kongressräumlichkeiten hinein, um auch dort Diskussionen führen zu können, bevor der Kongress anging. Einer unserer Aktivist*innen nahm auch als Gast teil.

Unser Flugblatt machte den Punkt, dass der Gewerkschaftsbund nicht nur kämpferisch reden, sondern auch handeln muss. Viele Sektoren, wie der Pflege-, Bildungs- und Sozialbereich stehen

schließlich am Limit. Ohne Streiks wird sich hier nichts verbessern. Diesen Punkt brachte auch ein Krankenpfleger auf, der an dem Kongress teilnahm. Schließlich arbeite er schon lange in der Pflege und kenne daher den harten Arbeitsalltag und bisher habe sich nichts verbessert. Manche fragten, warum wir die Zeitung verkaufen. Weil wir nicht von Unternehmer*innen finanziert werden, sonst könnte unser Programm nämlich kein revolutionäres, sozialistisches sein. Deshalb finanzieren wir uns durch den Verkauf der Zeitung Vorwärts und Spenden von Unterstützer*innen. In Zukunft hoffentlich auch von dir!

IBAN: AT256000000008812733

BIC: OPSKATWW

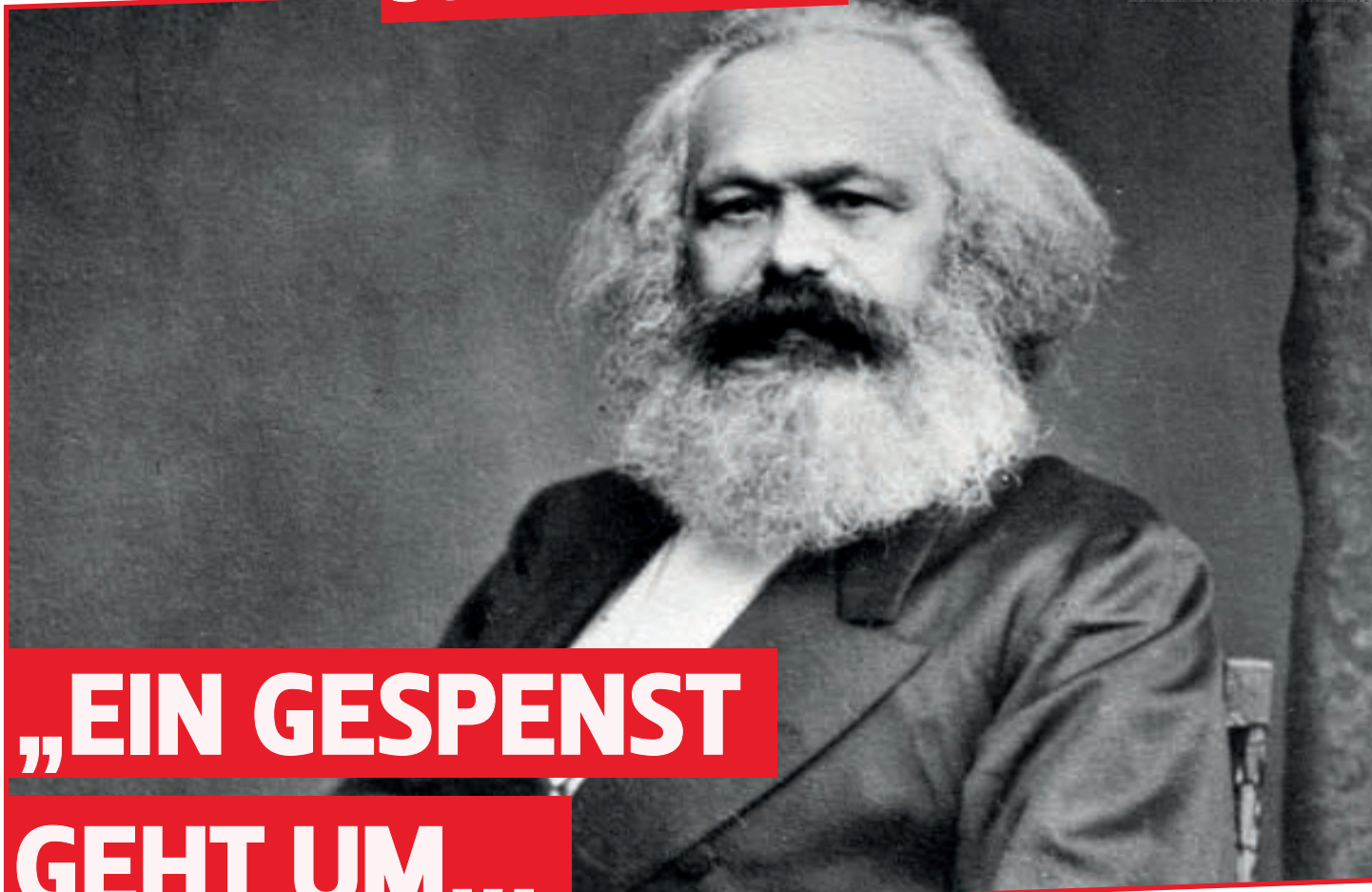


VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 314 | 07-08/2023

SCHWERPUNKT



„EIN GESPENST

GEHT UM...

von **Anna Hiermann**

... das Gespenst des Kommunismus“ (Marx). Ganz verschwunden ist dieses Gespenst nie, jedoch feiert es gerade ein spektakuläres Comeback und die bürgerlichen Medien zerreißen sich den Mund darüber. Vom “Profil bis zum “Kurier” wurde im Zuge der SPÖ-Vorsitzwahl ängstlich diskutiert, inwieweit Andreas Babler nun ein Marxist sei. Nach seinem Sieg empörte sich Kurier- Chefredakteurin Martina Salomon postwendend darüber, dass in Österreich niemand mehr arbeiten wolle und stattdessen überall Klassenkampf herrsche. Doch warum die ganze Aufregung? Aus Sicht der bürgerlichen Parteien ist der Kapitalismus schließlich naturgegeben und der Sozialismus/Kommunismus höchstens eine schöne Träumerei. Doch so einfach ist es nicht – das wissen auch

die Herrschenden. Die massiven Krisen der letzten Jahre – Corona, Krieg, Inflation (von der Klimakrise ganz zu schweigen) – haben das System noch einmal stark diskreditiert. Das führt zu einer stärkeren Entfremdung von der etablierten Politik. Auf der anderen Seite nehmen nun auch in Österreich Streiks und Proteste gegen die Auswirkungen der multiplen kapitalistischen Krisen zu. Somit wird der Boden für marxistische Ideen größer.

Deswegen bereitet Politiker*innen etablierter Parteien der Aufstieg Bablers Sorge, auch wenn durchaus kritisch hinterfragt werden sollte, wie konsequent sein Bekenntnis zum Marxismus ist – und was er eigentlich darunter versteht. Ähnlich war der Aufschrei bei den Wahlerfolgen der KPÖ, wie etwa im Krone-Leserbrief der führenden ÖVPLerin

Johanna Mikl-Leitner von Ende Mai, die vor dem “verbrecherischen” und “sadistischen” Marxismus warnt. In Wien forderte die ÖVP nun sogar, dass im Schulunterricht gegen die „gefährliche Ideologie des Marxismus“ vorgegangen werde und bei Anträgen auf kommunale Förderungen ein “Marxismus-Check” eingeführt werde, damit Marxist*innen keine Förderungen bekommen.

Würde im Marxismus nicht solch hohes Potenzial liegen, hätten Leute wie Martina Salomon oder Johanna Mikl-Leitner keinen Grund zur Aufregung. Als Teil der herrschenden Klasse fürchten sie jedoch um ihre materiellen Privilegien und jene ihrer Mitstreiter*innen. Solange der Kapitalismus existiert, wird weder Marxismus noch die Unruhe der Bürgerlichen aussterben.



slp.at



Internationale Sozialistische Alternative (ISA)



@isa_oesterreich

Marx is back!

Totgesagte leben länger: die allgemeine Panik bei bürgerlichen Medien und rechten Parteien zeigt, wie aktuell der Marxismus ist. Befeuert durch ebendiese Kräfte läuft eine gewaltige Diffamierungsmaschinerie an, um die wachsende Popularität marxistischer Ideen einzudämmen. Darum ist es Zeit, ein paar Dinge klarzustellen.

von Sebastian Kugler

Herbert Kickl hat Recht. Bei einer Pressekonferenz auf den Erfolg Bablers angesprochen, meinte der FPÖ-Chef und Chef-Ideologe: „Marxismus bedeutet, dass man auf Kriegsfuß mit *Eigentum, Freiheit, Leistung, Heimat, Identität und Herrgott* steht.“ Und wir als Marxist*innen können bestätigen: tatsächlich erteilt der Marxismus diesen allgemeinen, ewigen „Wahrheiten“ und den Ideologien, die hinter ihnen stehen, eine Absage. Ihnen stellt er ein Denken entgegen, das die Realität in ihrer Widersprüchlichkeit erfasst – ein dialektisches Denken. Doch was bedeutet das?

Marxismus ist Ideologiekritik

Was den *Herrgott* betrifft, so formulierte bereits der 25-jährige Karl Marx: „Die Kritik der Religion ist die Voraussetzung aller Kritik“. Was er damit meinte, war nicht, Menschen aufgrund ihrer religiösen Überzeugungen zu unterdrücken (wie die FPÖ dies insbesondere mit Muslimen tut) – sondern aufzuzeigen, dass religiöse Ideen Ausdruck gesellschaftlicher Missstände sind: Vorstellungen von Himmel, Hölle, Gott und Satan entspringen gesellschaftlichen Erfahrungen von Ausbeutung, Armut, Gewalt und Unterdrückung. Versprechungen auf eine Gerechtigkeit im Jenseits werden von Unterdrückten benutzt, um das Diesseits erträglich zu machen – und von den Unterdrückenden, um ihre Herrschaft rechtfertigen. Deswegen endet Marx' Kritik des *Herr(!)gotts* mit der Aufforderung, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.“

Damit ist auch der philosophische Kern von Marx' „historischem Materialismus“ freigelegt: Wo Ideolog*innen

aller Art allgemeingültige „Werte“ wie Heimat und Identität verkünden, erkennen Marxist*innen gesellschaftliche Widersprüche, die damit verdrängt werden sollen. Das betrifft insbesondere die Form, in der eine Gesellschaft überhaupt zur Gesellschaft wird: also wie sie die notwendigen Güter produziert und verteilt, um sich zu erhalten. Das nennt Marx ein „Produktionsverhältnis“: Wer arbeitet für wen? Und wem gehören die „Produktionsmittel“ (Werkzeuge, Maschinen etc.), mit denen gearbeitet wird? Und wem gehört das Produkt dieser Arbeit? Marx hat erkannt, dass diese Produktionsverhältnisse gleichzeitig auch Herrschafts- und Unterdrückungsverhältnisse sind: Seit die Menschen mehr produzieren, als sie unbedingt zum Überleben brauchen, aber noch nicht genug, damit alle im Überfluss leben können, stehen produzierende Klassen besitzenden Klassen gegenüber. In der Antike schufteten die Sklav*innen für die Freien, im Mittelalter die leibeigenen Bauern für die Aristokratie, und im Kapitalismus Arbeiter*innen für Kapitalist*innen.

Die historische Rolle ideologischer Großbegriffe wie Heimat und Identität ist es, diese Klassenspaltung zu verschleiern und Ausgebeutete an ihre Ausbeuter*innen zu ketten. Darum schreiben Marx und sein Mitkämpfer Engels: „Die Arbeiter haben kein Vaterland“. Marxist*innen sind konsequenterweise Internationalist*innen: Unsere Arbeitskolleg*innen – seien sie aus Österreich, der Türkei, Syrien oder Kurdistan – sind uns näher als unsere Bosse, mit denen wir nichts gemeinsam haben als den Reisepass. Dass Rassist*innen wie die FPÖ nun die größte Panik vor dem Comeback des Marxismus haben, zeigt auch dessen Potential im Kampf gegen Unterdrückung:

während die so viel diskutierte linke „Identitätspolitik“ der rechten darin auf den Leim geht, dass sie deren Grundkategorien (Kulturen wären einheitlich usw.) teilt und sie sozusagen auf ihrem Gebiet zu schlagen versucht, verstehen Marxist*innen den Kampf gegen Rassismus und Sexismus als integralen Aspekt des Kampfes gegen den Kapitalismus. Anstatt einzelne Unterdrückungsverhältnisse isoliert voneinander zu verstehen und höchstens, wie in intersektionalen Theorien, die gegenseitige Beeinflussung von verschiedenen Unterdrückungsformen zu beobachten, analysiert der Marxismus, dass diese einer bestimmten, gesamtgesellschaftlichen Produktionsweise entspringen und auf sie zurückwirken.

Marxismus ist Kritik der politischen Ökonomie

Marx hat den Kapitalismus als System beschrieben, in dem das Eigentum an Produktionsmitteln bei den Kapitalist*innen liegt: Die Maschinen und die Server, mit denen wir für sie arbeiten, gehören ihnen genauso wie das Land und die Gebäude, in denen wir das tun. Und egal, was wir produzieren (auch wenn es Dienstleistungen



sind): verkauft wird es letztlich von ihnen, und sie streichen den Profit ein. Damit ist auch schon gesagt, was Freiheit im Kapitalismus bedeutet: Dass alles käuflich und verkäuflich ist. Und wer nichts anderes zu verkaufen hat, muss – so wie die allermeisten – eben seine Arbeitskraft an Kapitalist*innen verkaufen. Was das mit Leistung zu tun hat, kann man an Benkos Kika/Leiner-Coup erkennen: Was die sogenannten Leistungsträger*innen tatsächlich tragen, sind übervolle Geldbörsen, die sie mit den Profiten aus unseren Leistungen füllen.

Man muss nicht Marxist*in sein, um zu sehen, dass so ein System gewaltige Ungleichheiten schafft: Es wird erstmals in der Geschichte genug Reich-

des Kapitalismus (Inflation, Arbeitslosigkeit, unleistbare Mieten etc.) einzudämmen, ohne an den Grundfesten des Systems zu rütteln. Doch der Kapitalismus führt – reguliert oder unreguliert – immer wieder zu zerstörerischen Krisen, weil er zum Profitwachstum verdammt ist. Und wo dieses stockt, zahlen wir alle (außer die Kapitalist*innen selbst) fürchterlich drauf. Deswegen steuert der Kapitalismus auch ungebremst auf die Klimakatastrophe zu. Es fehlt nicht an wissenschaftlichen Studien oder Überzeugungsarbeit: Ein System, das auf Konkurrenz und kurzfristigen Profit angewiesen ist, um sich zu erhalten, kann keine derartig langfristigen Weichenstellungen vor-

Die theoretischen Sätze der Kommunisten beruhen keineswegs auf Ideen, auf Prinzipien, die von diesem oder jenem Weltverbesserer erfunden oder entdeckt sind. Sie sind nur allgemeine Ausdrücke tatsächlicher Verhältnisse eines existierenden Klassenkampfes, einer unter unseren Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung.

– Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der kommunistischen Partei

tum produziert, dass alle Menschen im Überfluss leben könnten – und trotzdem hungern Milliarden. Man muss aber sehr wohl Marxist*in sein, um zu erkennen, dass man Armut auf der einen Seite und Überfluss auf der anderen nicht innerhalb des Kapitalismus ausbalancieren kann. Dies tat etwa John

Keynes – ein bürgerlicher Ökonom, der meinte, der Staat könne den krisenhaften Charakter des Kapitalismus auf ein erträgliches Maß heruntermanagen. Tatsächlich haben sich sowohl die KPÖ als auch Babler realpolitisch viel mehr dem Keynesianismus als dem Marxismus verschrieben, weil sie versuchen, die Übel

nehmen – und jene, die diese Profite einstreichen, haben kein Interesse, daran etwas zu ändern.

Marxismus ist revolutionäre Politik

Damit ist auch die explizit politische Dimension des Marxismus ins Licht gerückt: radikale Änderungen der Klimapolitik, Freiheit von Unterdrückung und Diskriminierung, leistbaren Wohnraum und Arbeit, durch die wir uns nicht nur finanziell über die Runden bringen, sondern auch etwas für uns und die Gesellschaft Sinnvolles tun – all das müssen wir von unten erkämpfen. Der Klassenkampf ist keine Erfindung des Marxismus. Er wütet tagtäglich von oben, bei jeder Lohnkürzung oder Mieterhöhung, bei jedem rassistischen Gesetz oder Stein, der einem Schwangerschaftsabbruch in den Weg gelegt wird. Die Gegenwehr zu organisieren hat sich der Marxismus zur Aufgabe gemacht – und aus diesem Widerstand heraus eine klassenlose, wahrhaft demokratische Gesellschaft aufzubauen. Eine Gesellschaft, die ihren Reichtum demokratisch geplant, produziert und verwaltet, im Interesse von Mensch und Umwelt.



Marx Aktuell: Marx vs. Stalinismus

von Severin Berger

Immer wieder wird Marxismus mit den Verbrechen des Stalinismus gleichgesetzt oder als dessen logische Folge beschrieben. Doch ist es falsch, den Stalinismus und seine Brüder auch nur als Perversion des Marxismus zu bezeichnen, so wenig Gemeinsamkeiten lassen sich finden.

Die Russische Revolution beendete, von den Bolschewiki angeführt, den 1. Weltkrieg und brachte radikale soziale und demokratische Errungenschaften. Durch die Niederschlagung weiterer Revolutionen in Europa wurde im, deshalb wirtschaftlich und gesellschaftlich isolierten, Russland die Basis für eine neue herrschende Schicht geschaffen, die grundlegende marxistische Prinzipien wie den internationalen Charakter über Bord warf und ihre Interessen im Namen des „Sozialismus in einem Land“ immer brutaler umsetzte – ganz im Gegenteil zur Aussage „Proletarier aller Länder vereint Euch!“ Die Erkenntnis, dass die Arbeiter*innenklasse sich nur selbst befreien kann und dadurch eine neue Gesellschaft aufbauen kann, ist essentiell im Marxismus verankert. Doch im Stalinismus wurden die Interessen der Massen durch einen Fokus auf die Aufrechterhaltung und Festigung des bürokratischen Apparates und die Interessen einer privilegierten Minderheit ersetzt. Aufgrund dieser Entwicklungen ging der Stalinismus in vielen Ländern immer wieder Bündnisse mit bürgerlichen und konterrevolutionären Kräften ein, oft auch direkt gegen die aufständische Arbeiter*innenklasse dort.

Echte Marxist*innen, die oft führende Rollen in der Revolution gespielt hatten, wurden eingekerkert, verbannt und umgebracht – sie waren die ersten, und zahlenmäßig größten, Opfer des Stalinismus. Trotzki, der 1940 von Stalin ermordet wurde, schrieb von der „revolutionären Unversöhnlichkeit im Dienste der Unterdrückten“ als Grundlage der „Moral“ des Marxismus – spätestens während der stalinistischen „Säuberungen“ wurde dies mit Füßen getreten, als tausende Revolutionär*innen, Jüd*innen und ethnische Minderheiten getötet wurden.

Internationale Rally

Die Revolutionären

Ideen von

KARL MARX

Eine Bewegung für Sozialismus
weltweit aufbauen

Warum du Marxist*in werden solltest

von Stefan Brandl

Weltweit beteiligen sich Millionen von Menschen in Kämpfen für bessere Bildung, mehr Personal und Lohn im Bildungs- und Pflegebereich und vieles mehr: Sie alle haben gute Argumente und richtige Forderungen, ihnen fehlt aber die notwendige Analyse der zugrundeliegenden gesellschaftlichen Strukturen, um Erfolg zu haben. So sehen sie ihren Protest oft, etwa in der Klimabewegung, als Aufforderung an Politik und Staat, "endlich was zu tun". Doch der Staat ist kein neutrales Instrument, sondern dient letztlich dazu, die herrschende Ordnung zu verteidigen: Deswegen werden Klima-Aktivist*innen, die Profite gefährden, kriminalisiert – während die Lobbyist*innen der Klimakiller bei den Politiker*innen ein und aus gehen. Auch wird der Sozial- oder Bildungsbereich nicht aus Unwissen oder Unfähigkeit kaputtgespart, sondern wegen der wirtschaftlichen Notwendigkeit, die Profite der herrschenden Klasse zu maximieren. Für kurzfristige Profite werden langfristige Gesundheit und Klima geopfert.

Das heißt nicht, dass es sinnlos wäre, schon im Hier und Jetzt dafür zu kämpfen – ganz im Gegenteil. Marxist*innen kämpfen für jede Verbesserung – seien es Lohnerhöhungen, mehr Geld für Gesundheit und Soziales, demokratische Rechte oder Umweltschutzbestimmungen. Vor allem erhöhen Streiks das Bewusstsein der Arbeiter*innen von ihrer eigenen Rolle und Macht in der Gesellschaft. Doch gleichzeitig wissen wir, dass wir innerhalb dieses Systems all dies den Herrschenden lediglich als Ventil, um Dampf abzulassen, abringen

können und jede Errungenschaft spätestens in der nächsten Krise wieder unter Beschuss steht.

Das zeigt sich oft sehr konkret an Fragen von Löhnen und Arbeitsbedingungen. Viele Beschäftigte haben intuitiv schon verstanden, dass sie nicht "zufällig" unter schlechten Bedingungen arbeiten müssen, sondern systematisch an und über ihre Belastungsgrenzen gebracht werden. Doch die Gewerkschaftsführungen haben noch immer das Verständnis, dass man mit Bossen und bürgerlichem Staat "zum Wohle aller" verhandeln könnte und halten an der Sozialpartnerschaft fest: Die gegensätzlichen Interessen von Unternehmen und arbeitenden Menschen sollen "im Konsens" gelöst werden – real bedeutet das, dass Arbeiter*innen durch die Finger schauen. Gewerkschaftsapparate beginnen erst langsam, die Wichtigkeit zu erkennen, Kämpfe im Sozialbereich mit z.B. jenem im Bildungsbereich zu verbinden. Einzelne Kämpfe, die innerhalb ihrer Branche isoliert bleiben, stellen eine weit geringere Gefahr für die Herrschenden dar.

Die Stärke des Marxismus ist es, die Gesellschaft als Ganzes analysieren zu können und nicht nur auf einzelne Symptome zu achten: Der Kapitalismus benötigt Unterdrückung, um Ausbeutung sicherzustellen. Wir argumentieren, dass die verschiedenen Kämpfe für mehr Personal und Lohn im Gesundheitssystem, die Kämpfe gegen spezifische Unterdrückung und die Kämpfe für Klimagerechtigkeit zusammengeführt werden müssen, weil sie ein und dieselbe Ursache – das kapitalistische System und seinen Profitzwang – haben.

Kein "System Change" ohne Marxismus

Der Marxismus ist nicht nur eine politische Strömung von vielen, er bietet die umfassendsten Werkzeuge, die Gesellschaft und Wirtschaft zu analysieren – und er ist gleichzeitig eine Strategie des Klassenkampfes, die Interessen der arbeitenden Bevölkerung gegen die Interessen von Banken, Konzernen und Kapital durchzusetzen. Die Klimabewegung arbeitet zwar stark mit dem Satz "System Change not Climate Change"; die Idee davon, was dieser "System Change" bedeuten würde, ist allerdings sehr unkonkret. Nur mit einer marxistischen Analyse können aus der Kritik des herrschenden Systems die Grundzüge eines anderen abgeleitet werden: eine klassenlose Gesellschaft, die ihre wirtschaftlichen Grundprozesse demokratisch plant.

Marxist*innen zeichnen sich nicht durch individuell radikale Aktionsformen aus, sondern durch das weitreichende Programm, das die Gesellschaft an ihrer Wurzel verändern will, damit der notwendige "System Change" auch Realität wird. Marxist*innen zeigen in allen aktuellen Kämpfen, was notwendig ist; nicht nur um einen konkreten Arbeitskampf zu gewinnen, sondern um Beschäftigte selbst zu ermächtigen, die Gesellschaft verändern zu können: Wir rufen dich auf, mit der ISA gegen Ausbeutung, Unterdrückung, Spaltung, Klimawandel, Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit aktiv zu werden und gemeinsam eine kämpferische Alternative zum kapitalistischen Chaos aufzubauen. Werde mit uns aktiv!

Regierung: Gegen Klima, gegen Kleben

von Celina

Aktivist*innen der „Letzten Generation“ fallen schon seit längerem mit Klebeaktion und Straßenblockaden auf. Ihre Protestaktionen sind umstritten und fragwürdig ist, ob sie zum gewünschten Ziel führen können. Dennoch ist die harte staatliche bzw. politische Reaktion in Österreich und vor allem Deutschland gegen die harmlosen Proteste der „Letzten Generation“ bedeutend. Auf den ersten Blick erscheinen Maßnahmen wie Verbotandrohungen, Website-Zensur, Hausdurchsuchungen und Haftstrafen mehr als übertrieben. Insbesondere deshalb, weil die „Klimakleber“ bisher kaum wirtschaftlichen Schaden für große klimaschädigende Konzerne verursacht haben. Politisch, medial und potenziell auch juristisch werden die Aktivist*innen mitunter als „Klimaterrorist*innen“ dargestellt.

Dahinter steckt System, denn solche Angriffe können auch gegen andere Proteste wie z.B. Streiks in „essentiellen Bereichen“ sowie organisierte Gewerkschaftsproteste ausgedehnt werden. Zudem signalisiert die Repression auch eine generelle Trendwende in der österreichischen Klimapolitik der schwarz-grünen Regierung.

„Mafiaparagraf“ gegen (Sozial)proteste?!

In Österreich sind Aktivist*innen der „Letzten Generation“ derzeit hauptsächlich mit Verwaltungsstrafen konfrontiert. Vereinzelt gab es allerdings auch schon Haftstrafen. Politisch Rechte und manche Medien fordern strafrechtliche Konsequenzen für die Klimaaktivist*innen. Diese Situation erinnert an Versuche der Kriminalisierung von minderjährigen Aktivist*innen der „Lobabewegung“ in Wien 2022. Ein weiteres Beispiel ist das repressive Vorgehen mit dem „Mafiaparagrafen“ gegen Aktivist*innen der Tierschutz-Organisation „VGT“ 2008.



Info

Der „Mafiaparagraf“ 278 StGB beschreibt den Straftatbestand der kriminellen Vereinigung, dieser kann bzw. wurde vom Staat bereits gezielt zu politischen Zwecken eingesetzt. Auch die Gewerkschaft könnte mit diesem kriminalisiert werden.

Dass der Mafiaparagraf bedarfsweise gegen Aktivist*innen von vorwiegend linken und Sozialprotesten eingesetzt werden kann, ist durchaus denkbar.

Österreichs endgültige Abkehr von der Klimapolitik

Klar ist, dass der scharfe politische und juristische Ton gegen die „Letzte Generation“ nicht plötzlich und willkürlich kommt. In Österreich ist das spätestens mit Kanzler Nehammers „Zukunftsrede“ klar. In dieser hat er klar signalisiert, dass sich nicht einmal mehr Pseudolösungen in Sachen Klimaschutz für das österreichische Kapital noch länger ausgehen. Krisen wie Corona, Ukraine-Krieg, Turboinflation etc. haben den Spielraum für den österreichischen Wirtschaftsstandort stark verkleinert.

Das scharfe Schießen auf politischer und juristischer Ebene gegen die „Letzte Generation“ kann in diesem Kontext als Ablenkungs- und

Sündenbockstrategie verstanden werden. Ebenfalls erkennt man bei beispielsweise Nehammers Rede, dass die Klimakrise kleingeredet werden soll. Schließlich muss das Versagen beim Umweltschutz und staatliche Förderung in Klimazerstörer-Konzerne auch öffentlich rechtfertigbar sein.

Die Abkehr vom ohnehin geringen Klimaschutz ist angesichts der derzeitigen Krise nicht verwunderlich. Sie ist vielmehr Ausdruck des kapitalistischen Widerspruchs zwischen Kapitalinteressen und überlebensnotwendiger Klimapolitik, die eben nur in einer sozialistischen, geplanten Wirtschaft und Gesellschaft möglich ist. Dazu passt, dass in der jetzigen Krisensituation die gefährliche Sündenbockpolitik auch auf die Arbeiter*innenbewegung ausgedehnt werden kann. Denn diese ist notwendig, um die Klimakrise tatsächlich abwenden zu können.

Ist Gen Z zu faul?

von Noah Koinig

Diese Behauptung liest man in den letzten Monaten in Boulevardzeitungen häufig. Statistiken zeigen, dass viele Menschen geboren zwischen den späten 1990ern bis frühen 2010ern (Generation Z) u. a. bessere Arbeitsbedingungen und Bezahlung bei weniger Arbeitsstunden fordern. Im Gegenzug wird Gen Z in den Medien oft als faul, verweicht und verwöhnt beschrieben. Der ehemalige deutsche Innenminister de Maizière sagte, dass diese Forderungen ihm “gegen den Strich gehen”. Nicht nur, dass die Medien versuchen, einen Konflikt zwischen Arbeitenden und Unternehmen als “Generationskonflikt” abzutun, sondern sie verurteilen Gen Z dafür, bessere Arbeitsbedingungen zu fordern. Dabei haben 48% ein Burnout-Problem.

Gen Z wird für etwas verurteilt, das nicht stimmt. Viele junge Menschen befinden sich in Ausbildung oder Studium und müssen ein Praktikum erledigen – oftmals unbezahlt. Auch müssen viele “nebenbei” arbeiten und sehen daher früh die Probleme im Arbeitsbereich.

Die neoliberale Ideologie

Dieser “Streit zwischen den Generationen” ist ein Deckmantel für Klassenkampf. Die Angriffe auf Gen Z kommen nicht von der älteren Generation, sondern von der herrschenden Klasse. Ein Ausbruch aus der neoliberalen bzw. kapitalistischen Ideologie (“Nur wenn du dich wirklich anstrengst wirst du reich” etc.) von jungen und alten Menschen findet statt. In Realität ist diese Ideologie unwahr und muss überwunden werden.

Veränderung im Bewusstsein findet aus mehreren Gründen statt. Einer ist die Pandemie, in der viele begannen, Freunde und Familie über die



Info

Laut einer Eurostudent Studie haben 60% der Studierenden einen Nebenjob, mit einer Arbeitszeit von 5–20 Stunden pro Woche. Zusammen mit dem Aufwand fürs Studium (Vorlesungen, Lernen, Projekte etc.) liegt bei 90% der Studierenden das wöchentliche Arbeitspensum bei über 40 Stunden. Zusätzlich haben rund zwei Drittel der unter 24-Jährigen schon ein Praktikum abgeschlossen – wovon nur 46% bezahlt wurden.

Arbeit zu stellen. Es findet noch eine spezielle Veränderung im Gesundheits- und Bildungsbereich statt, die von Fehlern des Systems geprägt ist, die immer schlimmer werden. Viele stellen nun ihre eigene Gesundheit darüber, Fehler des Systems zu beheben. Die Versprechen der neoliberalen Ideologien wurden nicht eingehalten. Trotz harter Arbeit wurde kein Wohlstand erreicht. Das zeigte sich in der Krise 2007, in der Pandemie und jetzt bei der Inflation, wo der Staat Milliarden für Firmen und Konzerne hat und kaum für die Beschäftigten.

„Work-Life-Balance“?

Eine echte „Work-Life-Balance“ zu erreichen, ist nicht möglich. Im Kapitalismus ist Arbeit allgemein schlecht, unterbezahlt und fremdbestimmt. Um bessere Arbeitsbedingungen zu erreichen, wird Arbeitszeitverkürzung gefordert. Aber: Verkürzte Arbeitszeiten und verkürzten Lohn kann sich nur

eine kleine Schicht leisten. In Krisenzeiten sind viele Menschen auf volle Bezahlung oder sogar Überstunden angewiesen, um sich Grundbedürfnisse wie Wohnen und Essen leisten zu können. Noch verstärkt ist das bei der Generation, die erst in das Arbeitsleben einsteigt. Aus diesem Grund ist die Forderung der Arbeitszeitverkürzung nur bei vollem Lohn möglich, denn gute Arbeitsbedingungen sollten kein “Luxus-Problem” sein.

Gen Z ist nicht faul, sie nehmen nur schlechte Arbeitsbedingungen nicht mehr hin. Und das nicht nur Gen Z, sondern Beschäftigte aller Generationen: Wenn Beschäftigte im Sozialbereich und sogar der ÖGB bei seinem Bundeskongress Arbeitszeitverkürzung fordern, kann es keine Jugendforderung sein. Aus diesem Grund sollen alle Beschäftigten, jung und alt, für bessere Arbeitsbedingungen, für verkürzte Arbeitszeit und für höheren Lohn kämpfen.

Iran: Von einer Diktatur zur nächsten

beide Artikel von Nico Rastelli

1978 bildete sich im Iran eine riesige Bewegung, da die Wut gegen den regierenden Schah explodierte. Anfangs wurde die Bewegung von Linken und Arbeiter*innen getragen. Jedoch vereinnahmten bald islamistische Gruppen die Revolution und gründeten nach dem Sturz des Schahs die „Islamische Republik“, eine religiöse Diktatur, die bis heute herrscht.

Doch es gab im Iran auch eine Zeit vor Schah und „Islamischer Republik“ – um genauer zu sein, die Zeit zwischen dem 2. Weltkrieg und 1953. In dieser Zeit litt die Bevölkerung allerdings unter Armut und Hunger. Ein großer Teil der natürlichen Ressourcen des Landes lag im Besitz ausländischer Unternehmen. Dies führte 1951 dazu, dass der Premierminister Mossadegh die Anglo-Iranische Oil Company verstaatlichte, die das Öl des Landes raubte und den Profit in die Taschen britischer Kapitalist*innen schaufelte. Die britische und amerikanische Regierung begannen daraufhin,



religiöse und andere rechte regierungsgegnerische Gruppen zu finanzieren und einen Putsch vorzubereiten.

1953 kam es dann zu ebendiesem Putsch. Statt der vorherigen linksgerichteten Regierung kam nun der Schah an die Macht, welcher die Verstaatlichung sofort zurücknahm. Seine Aufgabe als Herrscher war es v.a., westlichen Staaten die Ausbeutung der Bevölkerung und der natürlichen Ressourcen des Irans zu ermöglichen. Dabei machte er vor allem mit dem US-Unternehmen Standard Oil, aber auch mit Unternehmen wie Shell Geschäfte. Währenddessen unterdrückte er mit allen Möglichkeiten politische Gegner*innen. Nach den Schätzungen

Amnesty Internationals waren im Jahre 1977 mehrere tausende Menschen aufgrund ihrer politischen Tätigkeit gefangen genommen, viele gefoltert und getötet worden, die meisten davon gehörten linken Organisationen an.

Trotz der Unterdrückung wurde der Hass auf die Monarchie und die herrschende Klasse im Lande immer größer, und das aus gutem Grunde: 1974 war 85% des Reichtums des Landes in der Hand von nur 45 Familien, nationale Minderheiten (z.B. Kurd*innen) wurden unterdrückt oder sogar verfolgt und Folter und Erschießungen standen an der Tagesordnung. Dies führte 1979 zu seinem Sturz.

Ein Monarchist – für die Demokratie?

2022 begannen im Iran Unruhen unter dem Motto „Frau, Leben, Freiheit“ – für Frauenrechte und Selbstbestimmung für nationale Minderheiten und gegen Armut. Im Iran denkt man nicht daran, das Mullah-Regime durch eine Monarchie zu ersetzen. Doch liest man in westlichen Medien oft von Reza Pahlavi, dem Sohn des Schahs, der sich als Alternative präsentiert, ohne dabei auf den Thron zu verzichten.

Wie sein Vater würde Pahlavi die Ressourcen des Irans an westliche Länder verkaufen, während die Bevölkerung leidet. Sollten die im Iran lebenden Menschen dagegen

protestieren, wäre sein „demokratischer“ Ansatz sofort weg. Vielleicht würde er formal einige Frauenrechte einräumen, aber soziale Rechte, um diese mit Leben zu füllen würden weiter fehlen und die Unterdrückung von nationalen Minderheiten würde weitergehen.

Die Unterstützung des „Schahs“ kommt nicht aus dem Iran, sondern dem Exil. Seit Monaten nützt Reza Pahlavi die Ebbe und Führungslosigkeit im Iran, um, nun mit einem Bündnis mit bürgerlichen Exil-Iraner*innen, Einfluss in der Solidaritätsbewegung zu gewinnen. Er steht

für vieles, gegen das sich die Revolutionsbewegung explizit richtet – Armut, Unterdrückung von Minderheiten und Arbeiter*innen-Rechten. Eine Vereinnahmung der Bewegung durch ihn wäre katastrophal.

Um tatsächliche Befreiung der Menschen im Iran von Ausbeutung und Unterdrückung zu erkämpfen, braucht es nicht nur einen Sturz der Mullahs, sondern des ganzen kapitalistischen Systems, und den Aufbau eines Systems für die Bedürfnisse der Mehrheit und den Schutz unterdrückter Gruppen.



Feministischer Streik in der Schweiz

von Jan Millonig **Starke Mobilisierung ums Thema Pflege**

Am 14. Juni 2023 haben in der Schweiz nach 1991 und 2019 erneut hunderttausende am feministischen Streik teilgenommen. Alleine in Zürich kamen über 120.000 zur Demo. Die feministische Bewegung in der Schweiz meldete sich nach der Pandemie eindrücklich zurück.

Ihre Forderungen hatten einen starken Fokus auf Umverteilung von unten nach oben, Einkommensgerechtigkeit und Verbesserungen im Pensionssystem (auch als Antwort auf die kürzlich verabschiedete Pensionsreform). Gewerkschaften und ihre Forderungen waren ein bestimmender Faktor in der Organisation des Streiks. Gleichzeitig spielten auch Basisinitiativen wieder eine wichtige Rolle – die 2019 zentral bei der Organisation und Durchsetzung des Streiks gewesen sind. Z.B. hielt die Initiative „Kinderbetreuer*innen in der Trotzphase“ Streikversammlungen in Kindergärten ab.

Aufgrund der Forderungen und nicht zuletzt auch der Kampfform Streik wandten sich bürgerliche Organisationen von diesem ab und diffamieren ihn medial, linke Gruppen würden den Streik „kapern“. Doch schon der feministische Streik 2019 war hauptsächlich von gewerkschaftlichen Strukturen und linken feministischen Gruppen initiiert und organisiert.

Die „fehlende Breite“, die von bürgerlichen Kräften bemängelt wurde, tat dem Aktionstag keinen Abbruch. 351.850 Frauen und solidarischen Menschen über die ganze Schweiz verteilt war klar, dass Forderungen nach Umverteilung und Kampf am Arbeitsplatz mit dem Kampf gegen Sexismus und Gewalt verbunden werden müssen. So formierten linke Organisationen gemeinsam mit Basisinitiativen einen riesigen Care-Block auf der Demo, der Milliarden für Sorgearbeit, bezahlbaren Wohnraum, genügend Platz in den Frauenhäusern und emanzipatorische Gewaltschutzprojekte statt für Bankenrettungsprogramme forderte.

Der diesjährige feministische Streik in der Schweiz zeigte in einer großen Dimension den Unterschied zwischen bürgerlichem und kämpferischem Feminismus auf. Zweiterem geht es um reale Verbesserungen in den Lebens- und Arbeitsbedingungen für Frauen (und darüber hinaus). Ihnen ist klar, dass sie selbst dafür kämpfen müssen, auch gegen den Widerstand von oben. Die anderen bewegen sich in den engen Spielregeln

der etablierten Politik und geben sich mit symbolischen Gesten zufrieden. Hier zeigt sich, dass uns eine scheinbare „Breite“ letztlich schwächt und es besser wäre, die Debatte um die richtige Kampfstrategie auszutragen, um letztlich stärker zu sein und zu gewinnen. Der feministische Streik in der Schweiz ist auch ein Vorbild für Österreich und andere Länder: Durch Organisation an der Basis und Druck von unten auf die Gewerkschaften ist es gelungen, einen großen Protesttag mit zahlreichen Streiks aufzubauen.

Gleichzeitig zeigt uns das Beispiel Schweiz aber auch, dass wir nicht bei einzelnen Aktionstagen stehen bleiben können, um unsere Forderungen durchzusetzen. Wir brauchen feministische Streiks als Teil einer ganzjährigen Kampfstrategie, um unsere Forderungen an die Politik und in den Betrieben umzusetzen. Dazu gehört auch eine Ausweitung der Streiktage selbst, um durch langfristige Organisation an der Basis in den Betrieben, Nachbarschaften und Gewerkschaften sicherzustellen, dass tatsächliche Arbeitsniederlegungen in vielen Betrieben wie möglich stattfinden.

Für feministische Streiks in Österreich

In Österreich haben ISA und ROSA Anträge zum feministischen Streik in die Gewerkschaften eingebracht, 2022 den ersten Schulstreik am 8. März organisiert und 2023 gemeinsam mit anderen aus

dem Gesundheits- und Sozialbereich öffentliche Betriebsversammlungen organisiert. Werde mit uns aktiv, um den 8. März auch in Österreich zu einem feministischen Streiktag zu machen.

Info

ISA weltweit für antikapitalistische Prides

von Brettros und Oliver Giel

Im Pride-Monat Juni war die Internationale Sozialistische Alternative (ISA) in Österreich und weltweit "Gegen die kapitalistische Offensive gegen LGBTQI+ Rechte" aktiv. In den USA wurden heuer mehr als 500 Anti-LGBTQI+-Gesetze eingebracht. Socialist Alternative (ISA USA) in Alabama kämpft zusammen mit der "Trans Rights Coalition" gegen ein Gesetz, das es illegal macht, trans Jugendlichen medizinische Versorgung anzubieten oder ihnen dabei zu helfen. In Philadelphia halfen wir bei der Organisation von Uni-Streiks und Kundgebungen gegen ähnliche Gesetze.

In Dublin, wo Mitglieder der Socialist Party (ISA Irland) und ROSA die antikapitalistische "Trans & Intersex Pride" initiiert haben, führten wir einen Block bei der Dublin Pride an und kritisieren die Konzerne, welche die Pride vereinbaren wollen. Wir fordern, dass trans Gesundheit Teil des Gesundheitswesens ist. Und weil 75 % der LGBTQI+-Personen 2022 verbal und 20 % körperlich angegriffen wurden, war unser Motto "Keine Pride ohne Befreiung für uns alle".



In England war die Pride nach dem brutalen Mord an der trans Teenagerin Brianna Ghey Anfang des Jahres politischer. Gegen den "Kulturkampf" von Rechts daher unser Slogan: „Queer rights, workers' rights. Same struggle, same fight.“ (Die Rechte von Queeren, von Arbeiter*innen - es ist derselbe Kampf).

In Haifa/Israel attackierte die Polizei die Pride. Nach dem Mord an einer lesbischen Angehörigen der drusischen Minderheit war Ma'avak Sotsialisti-Nidal Ishtiraki (ISA Israel-Palestina) mit dem Banner "Kein Vergeben - kämpfen gegen ein System von Queerfeindlichkeit, Besatzung und Armut" dabei.

Unsere junge Schwesterorganisation Alternativa Socialista Mexico forderte eine Protestdemonstration statt der von US-Konzernen Coca Cola und Six Flag finanzierten Party-Parade.

Im belgischen Ghent organisierten ISA und ROSA einen solchen antikapitalistischen Pride-Protest, wo die Enteignung von Energie-, Pharma- und Finanzriesen gefordert wurde, um die nötigen Investitionen in Erziehung, Bildung, Wohnen und Gesundheit zu finanzieren, von denen nicht nur LGBTQI+ profitieren, sondern alle.

internationalsocialist.net

Belgien: Spalten und Ausbeuten

von Peter Hauer

Während in Belgien mehr Billig-Supermarktketten versuchen, Fuß zu fassen, will Delhaize (128 Filialen, 9.000 Beschäftigte) ihre Profite sichern durch Angriffe auf die Beschäftigten. Die Profite sollen gesichert werden, indem man die Kette in ein Franchise und damit jedes einzelne Geschäft zu einer Firma umwandelt. Das bedeutet, dass die Beschäftigten mit schlechteren Löhnen & Arbeitsbedingungen und weniger Sonntags-Zuschlägen abgespeist werden sollen. Ein weiteres Ziel ist klar: Die Beschäftigten in kleinere Grüppchen aufspalten, um die potentielle Kampfkraft zu minimieren.

Doch am Tag der Ankündigung kam es in 100 Filialen zu spontanen

Streiks. Unsere Schwesterorganisation in Belgien (LSP/PSL) argumentiert deswegen für eine Antwort aller Delhaize Beschäftigten an allen Standorten und mobilisierte zur Demo am 22.5. (20.000 Menschen beteiligten sich). Die einzelnen Geschäfte müssen als Zentrum der lokalen Aktionen dienen, für Flyer- oder Posteraktionen, Unterschriftenlisten oder Kundgebungen. LSP/PSL war aktiver Teil der Aktionen, machte Vorschläge für das Wie weiter, organisierte eine Diskussions-Reihe mit Aktivist*innen aus dem Bereich, um einen schlagkräftigen Plan zu entwickeln, aber auch um die Gewerkschaftsspitze endlich zu Massenstreiks zu zwingen. Denn das Ziel muss die Zerschlagung des Franchise-Plans sein.

socialisme.be





Ungarn 1956:

Nur 12 Tage Revolution

„Es handelt sich nicht darum, eine herrschende Clique durch eine andere zu ersetzen, sondern darum, die Methoden zu ändern, nach denen Wirtschaft und Kultur geleitet werden. Das bürokratische Selbstherrschtum muss der Sowjetdemokratie Platz machen.“

– Leo Trotzki: Verratene Revolution

von Till Ruster

„Stalinismus“; Wir meinen mehr als Terror und Personenkult zur Lebenszeit Stalins. Wir meinen eine Gesellschaft wie nach einer „halben“ Revolution: Die Produktionsmittel (Betriebe, Eisenbahnen etc.) sind öffentliches statt privates Eigentum. Der Kapitalismus ist abgeschafft. Aber statt echter Arbeiter*Innendemokratie, in der Wirtschaft und Staat demokratisch verwaltet werden, herrscht ein bürokratischer, diktatorischer, aber instabiler Parteiapparat. Es ist also kein Sozialismus, sondern „Stalinismus“, weil er in der Sowjetunion unter Stalin zum ersten Mal entstand.

Nach 1945 wurden viele Staaten Osteuropas in dieses System überführt. Auch wenn freie Wahlen kaum stattfanden; die Zustimmung dazu war wohl nicht gering. Viele machten zu Recht Kapitalismus für den blutigen Krieg verantwortlich und die Hoffnung in „etwas Anderes“ war groß. Zunächst lieferte die stalinistische Planwirtschaft auch: Der Lebensstandard in Ungarn war Ende der 40er bereits höher als vor dem Krieg. Arbeiter*Innen spürten die Repression, aber auch konkrete Verbesserungen, z.B. bei der Gesundheitsversorgung. Das änderte sich, als die Sowjetunion ihre „Satelitenstaaten“ wirtschaftlich auf sich ausrichtete. Statt Konsumgüter für den eigenen Bedarf herzustellen, wurde Ungarn auch im Zuge des Wettrennens mit dem Westen immer mehr „Werkbank“ für die Sowjetunion. Der Druck in den Betrieben wurde extrem erhöht. Der Unzufriedenheit

begegnete das System mit viel mehr Repression. Tausende wurden eingesperrt, gefoltert oder erhielten Berufsverbot. Aber es gärte trotzdem & deswegen unter den Arbeiter*Innen und besonders der Jugend in Ungarn.

Arbeiter*innenaufstand gegen Stalinismus

Auch anderswo regte sich Widerstand: In der DDR (1953) und in Polen (1956) kam es zu Streiks gegen die Erhöhung des Arbeitsdrucks. In Solidarität gingen auch in Ungarn zunächst Studierende und schließlich Arbeiter*innen am 23.10.56 auf die Straße. Eine zentrale Rolle spielte ausgerechnet der kommunistische Jugendverband, der auch das 17 Punkte Programm für die Demo entwickelte, das aus Forderungen in Richtung echter, sozialistischer Demokratie bestand. Es kam wie so oft in Revolutionen: Die Regierung versuchte die Proteste mit Gewalt zu stoppen, heizte sie damit aber an. Schließlich liefen große Teile der Armee zu den Demonstrierenden über und sogar die zu Hilfe gerufenen, einfachen sowjetischen Soldaten weigerten sich, sie zu bekämpfen. Das Regime wurde ausgetauscht und der populäre Imre Nagy wurde Regierungschef.

Aber die Revolution fing damit erst an: Im ganzen Land entstanden circa 5.000 Räte aus Arbeiter*Innen, Bäuer*Innen und Soldaten entlang des 17-Programms. Es ging nicht darum, den Kapitalismus wiederherzustellen, es ging um einen echten Weg zum Sozialismus. Die Räte übernahmen die Verwaltung im Land von der

zögerlichen Regierung. Die Bevölkerung wurde bewaffnet und die Regierung de facto entmachtet, auch wenn Nagy populär blieb und ein Gesicht der Revolution wurde.

Die Bürokratie in Moskau reagierte panisch: Die eigenen Truppen im Land hatten sich mit der Revolution solidarisiert, was zeigte, wie ansteckend sie war. Was, wenn sich auch Arbeiter*innen in Russland und anderswo anstecken ließen? Sie sandte eine Armee mit dem Auftrag, einen angeblichen „faschistischen Putsch“ niederzuschlagen, nach Ungarn. Der Widerstand war heroisch, aber nicht genug. Die Revolution war nach 12 Tagen besiegt, aber die Idee blieb: In den kommenden Jahren kam es immer wieder zu Aufständen und Streiks entlang demokratisch-sozialistischer Ideen in den stalinistischen Staaten.

Auch heute hilft die Unterscheidung zwischen „politischer“ (also quasi die Staatsebene) und „sozialer“ (also auf Wirtschafts- und damit Klassenebene) Revolution, um Prozesse besser zu verstehen. Im Stalinismus war die soziale Revolution geschafft, aber die politische scheiterte, wie in Ungarn 1956. Im arabischen Frühling dagegen gelang in Ägypten oder Tunesien die politische Revolution; die alten Regimes mussten weichen. Die soziale fehlte, die Besitzverhältnisse änderten sich nicht. So wurde auch die politische mit Gewalt wieder rückgängig gemacht. Erst wenn die Arbeiter*innen Produktion & Staat in ihrer Hand haben, ist die Voraussetzung für Sozialismus geschaffen.

- » Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- » Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- » Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- » Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- » Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von Österreicher*innen und Migrant*innen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- » Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- » Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- » Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle.
- » Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- » Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- » Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für Migrant*innen, Gewerkschafter*innen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- » SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine Stellvertreter*innenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für Arbeiter*innen, Arbeitslose & Jugendliche, deren Vertreter*innen keine Privilegien haben.
- » Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der Arbeiter*innenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- » Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- » Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- » Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die Arbeiter*innenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.

Vorwärts-Abo: 30€ | Sozial-Abo: 20€ (für Menschen ohne eigenes Einkommen)

All-Inclusive-Abo: 7€/Monat (Zeitung + alle Publikationen der ISA Österreich)

Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 25600000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

**VORWÄRTS
ABONNIEREN!**

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 314 | 07-08/2023 | Normalpreis 2€ | Solidaritätspreis: 4€

ehemals:
ISA  **SLP**
INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE Sozialistische Linkspartei

SOMMER, SONNE, MARXISMUS:

KOMM & DISKUTIER MIT!

ISA & ROSA-
Sommercamp:
20.-27. August
(Infos auf Seite 2)

„Marx im Park“:
Wöchentliche
Diskussionen im
Wiener Augarten

AUS DEM INHALT

» Die Herrschenden nehmen die **Klimakrise** immer weniger ernst. Das drückt sich in wachsender Repression aus. **Seite 13**

» Warum **Jugendliche** nicht „faul“ sind, sondern Kapitalismus Arbeit zur gefährlichen Qual macht. **Seite 14**

» Das Gespenst des **Marxismus** geht um. Was ist Marxismus – und was nicht. Und warum ist das alles hochaktuell? **Schwerpunkt**